

# zeitung gegen den krieg

Nr. 50 Februar 2022

## No war! Stoppt die Kriegstreiber!

### Warum Russland keinen Krieg will. Warum der Westen Kriegshetze betreibt. Warum die Friedensbewegung mobilisieren muss

Reiner Braun · Winfried Wolf

Für Merz, Scholz, Baerbock, Lindner, Macron, Johnson & Biden ist die Sache klar: Es gibt nur einen Aggressor. Das ist Putin. Er will die Invasion. Er ist unberechenbar. Er hat bereits einen geheimen Putschplan für Kiew.

All das ist Kriegspropaganda. Sie dient materiellen und politischen Zielen. Aber all das ist hochgefährlich. Es verblendet viele. Und kann in Krieg münden. Es sind fünf Gründe, die für unsere Überzeugung sprechen.

#### 1. Es gibt kein einziges rationales Argument, warum Russland eine Invasion in der Ukraine planen könnte.

Die Nato ist Russland militärisch haushoch überlegen, bei den Rüstungsausgaben 15 zu 1. Eine russische Invasion in der Ukraine würde eine Besatzungsarmee von vielen Hunderttausend Soldaten erfordern. Bürgerkrieg wie in Afghanistan wäre die Folge. Die dann zu erwartenden Sanktionen würden die Wirtschaft und den Finanzsektor Russlands massiv schädigen. Russland hätte nichts zu gewinnen und vieles zu verlieren.

#### 2. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion agiert Russland defensiv. Die Nato dagegen offensiv.

Moskau hat 1990/91 einen großen Teil des Staatsgebiets und seiner Einflussphäre verloren. Der Warschauer Pakt wurde 1991 aufgelöst; die Rüstungsausgaben und die Mannschaftsstärke der Armee wurden drastisch reduziert. Die Nato dagegen blieb bestehen. Die Zahl der Mitgliedsländer hat sich auf dreißig verdoppelt. Der geographische Raum wurde – entgegen den Zusagen von 1990/91 – ständig nach Osten ausgeweitet. Seit 15 Jahren rüstet die Nato massiv auf. Mit der „Modernisierung“ der US-Atomwaffen senken die USA die Schwelle für einen Atomkrieg. Es gab die US-Kriege in Afghanistan (2001ff) und im Irak (2003ff). Und es gab den Nato-Krieg gegen Jugoslawien 1999. Die militärischen Aktivitäten Russlands nach 1990 waren Reaktionen auf die Ausweitung des westlichen Einflusses in Richtung Osten oder auf Provokationen wie in Georgien. Im Fall der Ukraine-Krise 2014 reagierte Moskau auf einen Putsch und auf das Verbot der russischen Sprache als zweite Amtssprache (siehe Seite 4).

#### 3. Das Bild, das unsere Medien zeichnen, ist deutlich ergänzungsbedürftig

Russland ist ein autoritär regiertes Land, in dem Menschenrechte verletzt und oppositionelle – auch kritische, demokratische – Medien ausgegrenzt, ja verboten werden. Die Schließung der verdienstvollen „Memorial“-Aufklärungsinstitution ist ein Beispiel. Dies



festzustellen ist gerechtfertigt, wenn der Westen im Allgemeinen und die Ukraine im Besonderen einer vergleichbar kritischen Bilanz unterzogen werden. Im Nato-Mitgliedsland Türkei existiert ein autokratisches Regime. Es gibt Tausende politische Gefangene; die wichtigste Oppositionspartei, die kurdische HDP, ist vom Verbot bedroht. Seit 1974 hält die Türkei ein Drittel der Insel Zypern besetzt. Die Türkei rüstet die Ukraine mit Angriffswaffen auf. In der Ukraine werden seit 2014 dem russischsprachigen Bevölkerungsteil, der 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, elementare Rechte verweigert. So dürfen seit 2021 Publikationen nicht mehr ausschließlich in russischer Sprache erscheinen – sie müssen zweisprachig sein, was vielfach deren Ruin bedeutet. Der faschistische Freiwilligenverband „Asow-Regiment“ wurde in die ukrainische Armee integriert. Der zentrale ehemalige „Moskau-Prospekt“ in Kiew wurde vom Kiewer Stadtparlament 2016 in „Stepan-Bandera-Prospekt“ umbenannt. Stepan Bandera war ukrainischer Nationalist, der – zusammen mit SS und Wehrmacht – für die Ermordung Tausender Jüdinnen und Juden verantwortlich ist.

#### 4. Die Forderungen Moskaus gegenüber der Nato sind nachvollziehbar. Und sie sind erfüllbar.

Einfache Frage: Wie würde die US-Regierung handeln, wenn Russland heute – wie die UdSSR das 1961/62 tat – auf Kuba Atomraketen stationieren würde oder Truppen in Venezuela? Die Antwort lautet: Washington würde, wie 1962, mit einem atomaren Angriff auf Moskau drohen. Um Vergleichbares geht es im Fall einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Würden an der ukrainischen Ostgrenze Atomraketen stationiert, verringert sich für Moskau die Vorwarnzeit im Fall eines Atomschlags auf wenige Minuten. Moskaus Forderungen entsprechen den OSZE-Vereinbarungen von Istanbul 1999 und Astana 2010.

Tobias Riegel

Ekkehard Lentz

Reymann/Gehrcke

Ann Wright

Nastic-Braun-Interview

Kulow/Ruf

Medien und Ukraine-Krise

Gräber-Skandal Bremen

Genesis Ukraine-Konflikt

USA und Ukraine

Äquidistanz?

Seite 3

Seite 3

Seite 4

Seite 6

Seite 6

Seite 7

#### Keine Waffen, kein Geld für Kiew!

Sevim Dagdelen

Ausgangspunkt der jüngsten Eskalation im Ukraine-Konflikt war ein Angriff der ukrainischen Armee mit einer Kampfdrone des türkischen Typs „Bayraktar“ am 27. Oktober 2021 auf Stellungen der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk. In der Folge verlegte Russland Truppen innerhalb seines Staatsgebiets in Richtung Ukraine. Gleichzeitig mehren sich in Kiew die Stimmen, die auf eine militärische Rückeroberung des Donbass abzielen, bei gleichzeitiger Weigerung, die Bestimmungen des Minsker Abkommens über einen Sonderstatus für Donezk und Luhansk umzusetzen. Waffenlieferungen aus Deutschland in das Spannungsbiet Ukraine würden die nationalistischen Kräfte in der Ukraine stärken, die auf eine Rückeroberung des Gebiets drängen. Alle Versuche, hier zwischen so genannten Defensiv- und Offensivwaffen zu unterscheiden, sind lediglich Mittel zum Zweck der Verschleierung der Aufrüstung. Dabei liefern allen voran die USA, wie auch Großbritannien und die baltischen Staaten seit Jahren Waffen, um die Ukraine in einen antirussischen Frontstaat zu verwandeln.

Es ist ein fatales Signal, dass die Bundesregierung trotz ihrer Weigerung, Waffen zu liefern, zum besten Unterstützer der ukrainischen Nationalisten geworden ist. Seit 2014 sind fast zwei Milliarden Euro an direkter Finanzhilfe der Bundesregierung an Kiew geflossen. Jetzt erklärt die Bundesaußenministerin auch noch, die deutsche Bevölkerung sei bereit „einen hohen wirtschaftlichen Preis“ zu zahlen, um die Ukraine zu unterstützen. Der Bericht des EU-Rechnungshofes spricht offen davon, dass die westlichen Finanzhilfen vor allem in den Händen ukrainischer Oligarchen landen. Wer auf Frieden und Entspannung setzt, der darf die Ukraine weder mit Waffenexporten, noch mit Finanzhilfen für eine korrupte Elite, zu deren Geschäftsmodell der Nationalismus zählt, unterstützen.

Sevim Dagdelen ist Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Politik und Abrüstung

#### Editorial

Die reale Kriegsgefahr veranlasste uns, diese Sonderausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* (ZgK 50) zu erstellen. Die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung sind alarmiert. Fast alle relevanten Gruppen haben sich zu einer gemeinsamen Plattform zusammengefunden – siehe Seite 8. Ende März erscheint, wie gewohnt, die ZgK51, die traditionelle Ausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* zum diesjährigen Ostermarsch.

R. Braun & W. Wolf – ZgK-Redaktion

## Wirklich „Kriegstreiber“ Nato?

# Ein „Sonderweg“ ist kein Holzweg und Fracking-Gas ist keine Alternative

Winfried Wolf

Laut westlichen Medien steht die russische Armee kurz vor dem Einmarsch in die Ukraine. Es ist schwer, angesichts dieser Berichterstattung eine nüchterne Einschätzung der Lage zu erlangen. Die *Zeitung GEGEN DEN KRIEG* beantwortet im Folgenden fünf wichtige Fragen.

**Frage 1** Ist der Aufmarsch der russischen Armee an der Grenze zur Ukraine nicht eindeutig belegt?

**Antwort** Was uns gezeigt wird, sind Sattellitenbilder, teilweise solche einer „privaten“ US-Firma, teilweise solche von Geheimdiensten. Die maximale Zahl von russischen Soldaten, die es laut westlichen Angaben in der Nähe der ukrainischen Grenze gibt, lautet auf 120.000 Mann. Andere Quellen sprechen von „56 taktischen Bataillonsgruppen mit bis zu 800 Mann, die sich nicht weiter als 300 Kilometer von der Grenze entfernt aufhalten“, was auf weniger als 50.000 Mann hinausläuft (<I>Spiegel</I> 5/2022). Selbst offizielle ukrainische Aussagen widersprechen den Nato-Darstellungen. Alexij Danilow, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine und oberster Sicherheitsberater von Präsident W. Selenskyj: „Eine große Ansammlung von Truppen,

### Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (Zgk) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf. **Redaktion:** Reiner Braun & Winfried Wolf **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die Zgk erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerininitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteiervorstand).

**Gestaltung & Layout** Joachim Römer Köln

**Redaktions- & Vertriebsadressen**

**Postanschrift** International Peace Büro – IPB,

Marienstr. 19/20, 10117 Berlin

**E-Mail** zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

**Tel.** 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

**Bezugspreise** Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:

von 1 bis 99 Ex = 30 Cent je Exemplar

ab 100 Ex = 20 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

**Spenden & Konto** Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66

BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

**Blud** **GazProm-Mitarbeiter nach Selbstversuch erkrankt! Geheimdienst enthüllt:**

**Russisches Gas für Menschen hoch giftig!**

**Putin will auch noch Geld dafür! Blud sagt: Es reicht! Gebt ihm seine Pipeline zurück!**

die uns unmittelbar bedrohen, sehen wir nicht.“ Man befinde sich „exakt im selben Zustand wie seit acht Jahren.“<sup>1</sup>

Erinnert sei an den Irak-Krieg 2003. Damals gab es vergleichbare Berichte mit Sattellitenfotos, die irakische Anlagen für Massenvernichtungswaffen zeigten. Doch sie erwiesen sich als Fälschungen der US-Geheimdienste.

**Frage 2** Die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht argumentiert mit Blick auf den Wunsch Kiews nach einer Nato-Mitgliedschaft wie folgt:

„Jedem souveränen Staat, der unsere Werte teilt, steht es frei, sich um die (Nato-) Mitgliedschaft zu bewerben.“ (*Welt am Sonntag* vom 23.1.2022). Da hat sie doch recht!

**Antwort** Frau Lambrecht wirft gezielt Nebenkerzen. Es geht nicht darum, was die Regierung in Kiew will. Es geht darum, was die Nato entscheidet. Moskau will von der Nato die Garantie, dass die Ukraine definitiv nicht Nato-Mitglied wird.<sup>2</sup> Dass Russland eine solche Sicherheitsgarantie verlangt, ist nachvollziehbar, weil jede Nato-Osterweiterung die Vorwarnzeit im Fall eines Atomschlags reduziert. Als die Sowjetunion 1961/62 Atom-Raketen auf Kuba stationieren wollte, sah die damalige US-Regierung eine rote Linie überschritten. Moskau

gab nach – und verhinderte so möglicherweise einen Atomkrieg.

**Frage 3** Warum geht Deutschland einen Sonderweg und schert aus der westlichen Gemeinschaft aus? Zumindest die Lieferung von „Defensivwaffen“, wie von dem Grünen-Politiker Habeck gefordert, wäre doch angebracht.

**Antwort** Eine Unterscheidung zwischen Offensiv- und Defensivwaffen ist nicht haltbar. Unter allen bisherigen deutschen Regierungen galt: Keine Waffenexporte in Krisengebiete. Warum soll das jetzt nicht mehr gelten? Zumal die Region eine besondere ist; in den Worten von Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD: „Es wäre dann das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass deutsche Waffen gegen Russland eingesetzt würden.“ (*Spiegel* vom 22.1.2022). Im Übrigen meint „Sonderweg“, dass Deutschland auf Verhandlungen anstatt auf Aufrüstung setzen möge. Das ist zwar in der gegebenen politischen Landschaft ein „besonderer Weg“, doch ein ebenso richtiger.

**Frage 4** Hat Russland mit der Besetzung der Krim und mit der Unterstützung der Separatisten in den ost-ukrainischen „Volksrepubliken“ nicht das Völkerrecht verletzt?

**Antwort** Die genannten russischen Aktionen 2014 waren eine *Reak-*

tion auf den putschartigen Sturz der ukrainischen Regierung, die in einer ordnungsgemäßen Wahl zustande gekommen war. Eine der ersten Maßnahmen der dann neuen Regierung war die Abschaffung der russischen Sprache als zweiter Amtssprache. Vor dem Hintergrund der russische-ukrainischen Geschichte und angesichts der Tatsache, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung in der Ukraine russisch sprechen, war die Antwort aus Moskau eher Reaktion als Aggression. Die Besetzung der Krim und deren Integration in die Russische Föderation widersprechen dem Völkerrecht ebenso, wie die Abspaltung des Kosovo von Serbien dem Völkerrecht widerspricht. 2016, direkt nach der Ukraine-Krise, weilte CSU-Chef Horst Seehofer in Moskau und trat dort dafür ein, alle Sanktionen gegen Russland aufzuheben und damit de facto die neu geschaffenen Tatsachen anzuerkennen. Der CSU-Politiker Gauweiler schlägt auch heute noch vor, die Volksabstimmung auf der Krim „unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu wiederholen“ (FAZ vom 4.2.2022). Wobei alle wissen, dass die große Mehrheit der Krim-Bevölkerung auch bei einem neuen Referendum prorussisch stimmen würde. Es gibt beim Thema Krim zwei Elemente im Völkerrecht, die zueinander in einem Spannungsverhältnis stehen: Das Recht auf die Unverletzlichkeit

der Grenzen und das Recht auf nationale Selbstbestimmung.

**Frage 5** Sollte man nicht zumindest auf eine Inbetriebnahme von Nord Stream II verzichten? Vergrößern wir damit nicht unsere Energie-Abhängigkeit von Russland?

**Antwort** Die Energie-Abhängigkeit gibt es so oder so. Unter den gegebenen Bedingungen ist diese eher friedenssichernd. Eine Inbetriebnahme von Nord Stream II heißt nicht, dass damit automatisch mehr russisches Gas fließt. Es heißt, dass mehr Gas aus Russland nach Deutschland <I>direkt</I> fließen kann. Sodann ist unter den gegebenen Bedingungen die Alternative zum russischen Gas der Bezug von US-amerikanischem Flüssiggas. Damit würde eine Abhängigkeit durch eine andere ersetzt. Damit würde auch eine klimapolitisch problematische, fossile Energieform durch eine weit problematischere fossile Energieform, Flüssiggas, das darüber hinaus fast ausschließlich Fracking-Gas ist, ausgetauscht. Eine Abhängigkeit von Energie aus Russland besteht in jedem Fall. Deutschland bezieht auch ohne Nord Stream II 64 Prozent seiner Energie durch Importe. Dabei handelt es sich vor allem um Gas- und Erdölimporte. Bei den Gas-Importen kommt rund die Hälfte aus Russland. Bei den Erdölimporten stammen 34 Prozent aus Russland.<sup>3</sup> Auf absehbare Zeit gibt es dafür keine Alternativen. Übrigens beziehen die USA einen immer größeren Teil ihrer Ölimporte aus Russland. Moskau liegt bei den US-Ö-Importen inzwischen auf Rang 3 – noch vor Saudi Arabien.<sup>4</sup> Selbst im kältesten Kalten Krieg wurden die sowjetischen (russischen) Energielieferungen in die BRD nicht in Frage gestellt. Es ist unverantwortlich, einen heißen Krieg herbeizureden oder herbeizurüsten, um zu testen, ob es auch dann noch Energiesicherheit gibt.

### Anmerkungen

- 1 Danilow sagte laut *Spiegel* auch: „Die Massenmedien blasen das auf“. Begonnen habe alles mit einem Artikel in der *Washington Post*, was „eine bewusste Desinformation“ gewesen sei. Nach: *Der Spiegel* 5/2022 vom 29.1.2022, S. 79.) Interessanterweise gibt es im selben *Spiegel*-Heft im vorderen Teil drei Artikel auf der bekannten antirussischen Linie.
- 2 Selbst ein einzelnes Nato-Mitglied – Deutschland ohnehin – könnte ein Veto gegen eine ukrainische Nato-Mitgliedschaft einlegen. Als Mazedonien Nato-Mitglied werden wollte, blockierte Griechenland eine solche Nato-Mitgliedschaft mehrere Jahre lang ... bis das Land seinen Namen in „Nord-Mazedonien“ änderte.
- 3 Angaben nach: *Welt am Sonntag* vom 30. Januar 2022.
- 4 „Nach Berechnungen der Nachrichtenagentur Bloomberg betrug der Anteil russischer Lieferungen an der US-Ölnachfrage über viele Jahre weniger als 0,5 Prozent, stieg aber im vergangenen Jahrzehnt und erreichte im vergangenen Jahr einen Rekordwert von sieben Prozent.“ *Handelsblatt* vom 25. März 2021.

Schreibtischtäter

# Die Ukraine-Krise. Die Medien. Der Krieg



Tobias Riegel

Die antirussische Meinungsmache in zahlreichen deutschen Medien hat in den letzten Wochen überwältigende Ausmaße angenommen. Bei der aktuellen Pressekampagne zur Dämonisierung Russlands und zur Eskalation des Ukraine-Konflikts sind unter anderem zwei starke Strömungen zu erkennen: zum einen die Unterschlagung des Ursprungs der Krise durch verkürzte Erzählungen, zum anderen der gezielte Druck auf „zögerliche“ Sozialdemokraten.

Bei dem medialen Vorgehen der Verkürzung wird so getan, als habe der Ukraine-Konflikt mit der Abspaltung der Krim begonnen. Unterschlagen wird dadurch die konkrete Vorgeschichte des westlich unterstützten Maidan-Umsturzes 2014 und die allgemeinere Vorgeschichte der Ost-Ausdehnung der NATO entgegen anders lautenden Absprachen. Diese Taktik der Verkürzung, um die wahren Ursprünge von Konflikten zu verschleiern, ist ein häufig zu beobachtendes Mittel westlicher Medien, angewandt auch beim Krieg gegen die syrische Regierung: Die Verteidigung des syrischen Staates gegen unter anderem von westlichen Staaten unterstützte Islamisten durch die russische Armee wurde in zahlreichen deutschen Medien zum Angriff auf die Zivilbevölkerung umgedichtet – durch eine komplexe Genesis: Massendemonstrationen mit demokratischen Forderungen, gefolgt von ausländischer Einmischung mit Finanzierung und Bewaffnung von Islamisten. Am Ende wurden aus Söldnern „Oppositionelle“ und aus einem Angriffskrieg auf die Regierung in Damaskus ein „Bürgerkrieg“.

Bereits seit 2014 werden die deutschen Medienkonsumenten beim Thema Ukraine/Russland von einem großen Teil der hiesigen Redakteure in einer sehr konsequenten Weise in die Irre geführt. Der Maidan-Umsturz war nicht nur ein geopolitischer Coup, der das Land in eine Abwärtsspirale gestürzt hat und es zu einem Akteur für US-Interessen in

der Region degradiert hat. Der Maidan war auch Auftakt zu einer nochmaligen Steigerung der bereits vorher starken antirussischen Meinungsmache in vielen deutschen Medien. Auch als (Notwehr-)Reaktion darauf wurde vom staatlichen russischen Rundfunk das Portal RT DE in Deutschland aufgebaut – die Ausstrahlung des deutschsprachigen TV-Programms des russischen Muttersenders wurde allerdings in Deutschland im Januar 2022 verboten, was die Lage zwischen Deutschland und Russland zusätzlich eskaliert hat und mit einem Verbot der „Deutschen Welle“ beantwortet wurde.

## Die Gleichförmigkeit in der deutschen Medienlandschaft

Viele deutsche Medien vernebeln nicht nur den Ursprung des heutigen Konfliktes, sondern auch das aktuelle teils aggressive Agieren der ukrainischen Seite. Die seit 2014 bestehende mediale Gleichförmigkeit in vielen Medien beim Thema Ukraine ist erschreckend und ein Symptom (unter vielen anderen) für ernsthafte Defizite in der deutschen Medienlandschaft. Die hier geäußerte Kritik bezieht sich auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie auf große Privatmedien.

In den vergangenen Wochen dominant waren neben den beschriebenen Verkürzungen, wie erwähnt, Angriffe auf jene wenigen Sozialdemokraten, die der forcierten Kriegsrhetorik noch zögerlich gegenüberstehen und nicht gänzlich bereit sind, für US-Interessen den Weltfrieden und die europäische Energieversorgung aufs Spiel zu setzen: Die Berichterstattung vor dem USA-Besuch von Olaf Scholz kann man nur als unverholene Aufrufe zur Unterwerfung unter die „Logik“ der US-Falken bezeichnen. Die Szene in Washington am 7. Februar war bezeichnend. Scholz sitzt wie ein Schulbub neben Biden und schweigt zu Nord Stream II. Biden sagt, „man“ werde die Pipeline stoppen, „wenn russische Panzer in die Ukraine“ rollten (er meinte wohl die Gebiete der Separatisten). Auf die berechtigte Nach-

frage, wie die USA ein deutsches bzw. EU-Projekt „stoppen“ könnten, dann der schrille Satz: „Ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein, das zu tun.“ Dabei sind auch andere Politiker Ziel dieser Kampagne, damit sie die internationale Friedenssicherung und die heimische Energieversorgung für ein Schulterklopfen des Großen US-Bruders gefährden. Den hohen Preis würden die Bürger in einer sehr direkten Form bezahlen: durch nochmals rasant steigende Energiepreise.

## Keine Kriege ohne Propaganda

Wenn sich Deutschland von seinen Redakteuren und weiten Teilen der Politik „zur Rettung der Ukraine“ in eine noch stärkere Konfrontation mit Russland treiben lassen würde, widerspräche das jeder moralischen und politischen Logik, dem Instinkt der Selbsterhaltung, der Verpflichtung zur Deeskalation und eben auch den Interessen der deutschen Bevölkerung. Dass das mediale Bild des von Russland bedrängten Westens die Realität auf den Kopf stellt, ist bekannt: Sowohl was die Rüstungsausgaben als auch was die Verbrechen der jeweiligen Militärs betrifft, hat die NATO ein erheblich schwerwiegenderes Strafregister als Russland. Und wessen Militärmaschine sich in den letzten Jahren auf wessen Territorium zubewegt hat, ist offensichtlich. Dass einflussreiche Redakteure es schaffen, diese Tatsachen erfolgreich und über lange Zeiträume zu verzerren, ist sehr bedenklich.

Zu den aktuellen Aspekten kommt die historische Verpflichtung Deutschlands, allen kriegerischen Tendenzen entgegenzutreten. Dass viele deutsche Redakteure diese Verantwortung verdrängen oder in einer verdrehten Logik für die Eskalation einsetzen, ist verwerflich. Ohne Propaganda sind keine Kriege möglich. Wer diese Propaganda herstellt, macht sich zum Schreibtischtäter.

Tobias Riegel ist Redakteur bei den NachDenkSeiten.

## Historisch belasteter Boden in Bremen

Ekkehard Lentz

Der französische Schienenfahrzeughersteller Alstom beabsichtigt mit Unterstützung des Bremer Senats eine Bahnwerkstatt mit Abstellanlage auf historisch belastetem Boden in Bremen-Oslebshausen zu errichten.

Im Februar vergangenen Jahres machten die Ortsteil-Bürgerinitiative und das Bremer Friedensforum die Behörden auf den zentralen Friedhof für sowjetische Kriegssopfer auf dem Areal der geplanten Anlage aufmerksam. Die Stadt Bremen hatte die Existenz vergessen und zunächst gelehnet. In unmittelbarer Nähe zum wiederentdeckten Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterfriedhof befand sich im Zweiten Weltkrieg die größte Ansammlung von Lagern in der Rüstungsstadt Bremen. Die Gefangenen wurden als billige Arbeitskräfte bis zum Tod ausgebeutet.

Bei den seit August 2021 andauernden Ausgrabungen durch die Landesarchäologin wurden bisher elf Skelette und mehr als 2000 Knochenstücke und mehr als 80 Erkennungsmerkmale geborgen. Bis heute wird über die Thematik „Bebauung des Gräberfelds“ bundesweit berichtet und in Bremen kontrovers diskutiert. Zwei juristische Gutachten aus den Universitäten Leiden (Niederlande) und der Justus-Liebig-Universität Gießen analysieren die komplizierten Fragen des Völker- und Kriegsgräberrechts.

Die Website [www.bremerfriedensforum.de/graeberfeld](http://www.bremerfriedensforum.de/graeberfeld) gibt einen umfangreichen Überblick. Sprecher der BI und des Friedensforums informierten auf einer Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in Hamburg zum Holocaust-Gedenktag über ihre Position. Danach ist die Einrichtung einer Bahnwerkstatt nicht mit der Würde des Ortes vereinbar.

Das Unternehmen Alstom ist nach mehreren Eigentümerwechseln Rechtsnachfolgerin der Linke-Hofmann-Werke. Diese haben während der Nazi-Zeit selber Zwangsarbeiter aus dem KZ Groß-Rosen eingesetzt. Vor allem sind hier viele der Vieh- und Güterwaggons produziert worden, ohne die der millionenfache Judenmord nicht hätte durchgeführt werden können.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mahnte in seiner Rede in Berlin-Karlshorst zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion eine größere Rolle der sowjetischen Opfer der Nazis in der deutschen Erinnerungskultur an: „Niemand hatte in diesem Krieg mehr Opfer zu beklagen als die Völker der damaligen Sowjetunion. Und doch sind diese Millionen nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingegraben, wie ihr Leid und unsere Verantwortung es fordern.“

Geschätzt 27 Millionen Menschenleben kostete der faschistische Raub- und Vernichtungskrieg in der Sowjetunion. Nach Angaben in den Nürnberger Prozessen wurden mehr als 4,9 Millionen sowjetische Zivilpersonen nach Deutschland als Arbeitsklaven zwangsverschleppt. Meine feste Überzeugung ist, dass in der Gegenwart gute Beziehungen und Freundschaft mit Russland schon lange Teil der deutschen Staatsräson sein müssten. Stattdessen erleben wir gegenwärtig eine beispiellose Dämonisierung Russlands.

Ekkehard Lentz ist Sprecher des Bremer Friedensforums

## stimme gegen den krieg

### Mützenich: Moskau fürchtet Erstschlags-Doktrin

Frage (taz): Sie verstehen also, dass sich Russland bedroht fühlt.

Rolf Mützenich: Gedanklich kann ich die russische Bedrohungsanalyse nachvollziehen, auch wenn ich sie nicht teile. Die Militärausgaben der Nato sind um ein Vielfaches höher als die Russlands. Alleine die USA geben mehr als das Zehnfache für ihr Verteidigungsbudget aus. Die Nato-Raketenabwehrsysteme, die in Rumänien und Polen angeblich wegen der iranischen Drohung stationiert wurden, können aus Sicht Moskaus als Teil einer Erstschlagsdoktrin missdeutet werden. [...] Zu alledem gibt es einen ungezügelten, unkontrollierten Rüstungswettlauf. Darüber müssen die Nato und Russland sprechen. Wir brauchen dringende Abrüstungsinitiativen.

Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, im Interview mit der Taz vom 12. Januar 2022

„Russland nach Zentralasien abdrängen“

## Der Ukraine-Konflikt – wie er wirklich entstand

Wolfgang Gehrcke ·  
Christiane Reymann

Die Ukraine als multiethnischer Staat mit der Gründung der Sowjetunion 1922 – und mit deren Ende wurde sie zum Spielball in einem geopolitischen Kräfte messen.

Seitdem hat jeder fünfte Bewohner das Land verlassen. Von einer Oligarchen-Clique ausgezehrt, ist die Ukraine mit Moldawien das ärmste Land Europas und im Inneren zerrissen: sozial, politisch, regional, ethnisch, sprachlich, sogar kirchlich. Zwischen dem nachsozialistischen Ost und West gelegen, befindet das Land sich in stetigem Konfrontationsmodus nach innen und außen.

Am 21. November 2013 beschloss Regierung und ukrainisches Parlament, das ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen. Die EU war vor den Kopf gestoßen. Zum ersten Mal überhaupt wurde ein Vertrag mit ihr zurückgewiesen. Zuvor waren elf der ehemals von kommunistischen Parteien regierten Länder der EU beigetreten, der unausgesprochenen Vorstufe zur bald folgenden NATO-Mitgliedschaft. Auch die USA waren ungehalten, die US-Diplomatin Victoria Nuland äußerte „Fuck the EU“. Für ihr Ziel, Schwächung der EU und Stärkung der NATO durch Aufnahme der Ukraine, investierten die USA fünf Milliarden Dollar. Für die Ukraine bedeutete dies Ausverkauf ihres Landes und 50.000 Tote.

Am 21. Februar 2014 nötigten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens dem Noch-Präsident Janukowitsch und der Opposition einen Vertrag über die Bildung einer Übergangsregierung und vorgezogene Neuwahlen bis Ende des Jahres ab. Am Tag darauf brach die Führung des Maidan die ukrainische Verfassung und übernahm in einem Staatsstreich die politische Macht. Eines ihrer ersten Dekrete war das Verbot der



russischen Sprache als zweiter Amtssprache. Alles komplett gegen den gerade erreichten Kompromiss. Doch der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hielt still und billigte damit den Staatsstreich. Soviel zum Wert der Unterschrift eines deutschen Top-Diplomaten, der nach Washingtons Pfeife tanzt.

Die Eskalationsspirale war in Gang gesetzt: Die Krim wurde (wieder) Teil der Russischen Föderation. Die Rayons Donezk und Lugansk erklärten sich zu unabhängigen Republiken; zwischen ihnen und der Kiewer Führung begann ein zehrender (Bürger-)Krieg. Er dauert noch an.

Die Autoren waren mehrmals im Donbass. Die meisten Menschen dort sahen am liebsten ihre Republi-

ken als Teil der Russischen Föderation, wohl wissend, dass ihr Wunsch dort nicht auf Gegenliebe stößt. Die politische Führung dort setzt auf einen Autonomiestatus innerhalb des ukrainischen Staates nach Art der deutschen Bundesländer oder der Schweizer Kantone. Das versicherte uns Natalja Nikonorowa, Außenministerin der Volksrepublik Donezk, die sie auch bei den Minsker Verhandlungen vertritt.

Die Bundesregierung erklärt aktuell, den Minsker Prozess wiederbeleben zu wollen. Das entsprechende Abkommen schreibt die Möglichkeit zur Autonomie der beiden Regionen ausdrücklich fest. In weiteren zwölf Punkten ist u.a. vorgesehen: Abzug der Waffen, Pufferzone, Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit Dezentralisierung des Landes bis Ende 2015, danach Wahlen unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), abschließend vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland durch die Ukraine.

Umgesetzt ist davon exakt... nichts! Deutschland hat als Signatarmacht in den sieben Jahren seit 2015 exakt getan... nichts! Der ukrainische Präsident Selenskyj will ohnehin möglichst rasch dieses Abkommen loswerden. Sein Vorschlag: Es soll „umgeschrieben“ und die USA und Kanada oder Großbritannien zusätzliche Verhandlungspartner werden.

Bleibt als Zankapfel noch die Krim. Ihre Annexion, heißt es im Westen, sei völkerrechtswidrig und müsse mit fortdauernden wirtschaftlichen und politischen Sanktionen bestraft werden. Doch ist das alles so eindeutig?

Nach dem Völkerrecht bedeutet Annexion die gewaltsame Aneignung eines Gebietes ohne Einverständnis des Staates, zu dem es gehört. Neben der Unverrückbarkeit

der Grenzen kennt das Völkerrecht auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Verteidigung autonomer Minderheitenrechte. Sie können zu seiner Loslösung aus einem Staat, einer Sezession, führen.

Unabhängig davon, ob es sich bei dem jetzigen Status der Krim um eine Annexion oder Sezession handelt, muss dieser Dissens nicht ewig ein vernünftiges, friedliches Verhältnis zu Russland blockieren. Egon Bahr war in den siebziger Jahren entscheidend am Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beteiligt; er erinnerte später an die Erfahrungen der bundesdeutschen Ostpolitik: „Wir haben die DDR nie völkerrechtlich anerkannt, aber wir haben sie akzeptiert. Die Krim kann man natürlich genauso behandeln.“

Mit diesen Erfahrungen könnte die Bundesregierung Motor für eine nachhaltig friedliche Lösung der aktuellen Vorkriegssituation werden. Ist sie aber nicht. Der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Oliver Hermes, muss daran erinnern, dass es bei den Verhandlungen zur Schlussakte von Helsinki auch „um die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt

sowie im humanitären Bereich ging. Sicherheit wurde damals viel breiter gedacht als nur in militärisch-politischen Dimensionen“. Genau das, ein Helsinki 2.0, sei die heute notwendige Alternative zum „Kriegsgeschrei“ (Siehe Seite 8).

Wenn die Bundesregierung dem Rat der deutschen Wirtschaft nicht folgt, müssen mächtige andere Interessen am Werk sein. Sie sind in Washington zu finden. Brzezinski, strategischer Berater von US-Präsidenten, erkannte in der Ukraine den „Schlüssel zur Einigung Russlands“. Mit einer westgebundenen Ukraine höre Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein und würde nach Zentralasien abgedrängt. Das mag einer US-Regierung passen. Doch Europa – und Deutschland allemal – brauchen Russland als Partner für Frieden und Entwicklung. Wer nicht transatlantisch verblendet ist, sieht das glasklar.

Wolfgang Gehrcke war Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE; Christiane Reymann ist Publizistin

+++ aktiv gegen krieg +++

### Erste Ukraine-Friedenskundgebung in Hamburg

Auf Initiative des ver.di-AK Frieden (HH+SH) kam es am 5. Februar zu einer ersten größeren Kundgebung gegen den Krieg in der bzw. um die Ukraine. Dem Aufruf des Hamburger Friedensforums unter dem Motto „Entspannungspolitik jetzt! Krieg ist keine Lösung!“ waren rund 350 friedensbewegte Menschen aus Hamburg und dem nördlichen Umland gefolgt.

Fahnen und Transparente von Linken, DKP, ver.di, EVG, DFG-VK, VVN-BdA und von örtlichen Friedensinitiativen flatterten im scharfen Wind. RednerInnen von ver.di, GEW, DIFD, Hafeninitiative gegen Rüstungsexporte und dem Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung waren sich einig: Der Kriegshysterie, die v.a. von den Medien geschürt wird, muss mit Aufklärung entgegengetreten werden! Den Sicherheitsinteressen Russlands muss durch den Verzicht auf weitere Ostausdehnung der NATO Rechnung getragen werden! Kein Krieg gegen Russland und China! Stattdessen Kooperation, Entspannung und Abrüstung! Vom Hamburger DGB und der „Pazifistischen Bewegung der Ukraine“ wurden Grußbotschaften verlesen. Die Hamburger Bundestagsabgeordnete Zaklin Nastic beendete die Kundgebung mit einem spontan vorgetragenen, leidenschaftlichen Schlusswort und forderte dazu auf, jetzt weiter konsequent für Abrüstung und gegen das Säbelrasseln der NATO auf die Straße zu gehen. Spätestens zum Ostermarsch sehen wir uns wieder und das in sehr viel größerer Zahl!

Christof Ostheimer

+++ engagiert für den Frieden +++

### stimme gegen den krieg

#### Ein realistischer Admiral wird nicht geduldet

„Ist Russland wirklich interessiert, einen kleinen Streifen ukrainischen Bodens zu haben und in sein Land zu integrieren? Nein, das ist Nonsense. [...] Was er [Putin] wirklich will, ist Respekt. Er will Respekt auf Augenhöhe. Und, mein Gott, jemandem Respekt entgegenzubringen, kostet fast nichts, kostet nichts. Also, würde man mich fragen: Es ist leicht, ihm den Respekt zu geben, den er fordert – und den er vermutlich auch verdient.“

Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach im Januar 2022 in Indien zu einem Zeitpunkt, als er noch Deutscher Marineinspekteur war. Solche Äußerungen passen nicht in die bundesdeutsche Landschaft, die von Kriegshetze geprägt ist. Der Mann wurde binnen 48 Stunden nach diesen Worten in den vorläufigen Ruhestand versetzt. [Nach: FAZ vom 24. 1. 2022]

Anti-Kriegs-Aktivitäten in den USA

# Um Gottes Willen, STOPPT DEN NÄCHSTEN KRIEG JETZT!

Oberst Ann Wright, US-Armee (im Ruhestand)

**W**ir haben das schon einmal erlebt. Die USA schaffen eine Situation, verkriechen sich und stellen ein Ultimatum - und Zehntausende sterben. US-Politiker, Meinungsmacher und Kriegstreiber in der Regierung haben mit ihren Nato-Verbündeten an vielen Fronten eine Kriegs Atmosphäre geschaffen. Wir haben das in Afghanistan und im Irak erlebt. Jetzt könnte es um die Ukraine oder Taiwan gehen.

Von den politischen Entscheidungsträgern von USA, NATO und EU bis hin zu den Truppen vor Ort in Europa und im Nahen Osten und den Schiffen und Flugzeugen im Pazifik haben das US-Militär und die NATO-Verbündeten mehrere Krisen verursacht, die nicht hätten entstehen müssen.

Anstatt zu bremsen und sich zurückzuziehen, wird die Regierung Biden von einem super-aggressiven Außenminister Antony Blinken und einem mitlaufenden Verteidigungsminister Lloyd Austin geführt. Präsident Biden scheint der Eskalation an allen Fronten gleichzeitig ein gefährliches grünes Licht gegeben zu haben. Tragischerweise scheint die NATO-Führung, mit Ausnahme Deutschlands, im Gleichschritt mit Bidens Kriegsmaschine zu laufen.



Als Reaktion auf die Kriegstreiberi der USA und der NATO erklärten die Staats- und Regierungschefs Russlands und Chinas bei einem Treffen am 4. Februar anlässlich der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking ihre Ablehnung jeglicher Nato-Erweiterung. In dem gemeinsamen Kommuniqué heißt es: „Einige Kräfte, die eine Minderheit auf der Weltbühne darstellen, befürworten weiterhin unilaterale Ansätze zur Lösung internationaler Probleme und greifen auf die Militärpolitik

zurück.“

US-Friedensgruppen haben mobilisiert, um US-Politiker davon abzuhalten, einen weiteren Krieg zu beginnen. Mehr als 100 Organisationen für Frieden und soziale Gerechtigkeit haben einen „No War“-Brief unterzeichnet, der am 1. Februar 2022 an das Weiße Haus und an Mitglieder des US-Kongresses geschickt wurde. In diesem Brief heißt es: „Als Organisationen, die Millionen von Menschen in den Vereinigten Staaten vertreten, fordern

einzig vernünftige Weg darin, sich zu echter Diplomatie mit ernsthaften Verhandlungen zu verpflichten und nicht zu einer militärischen Eskalation, die leicht außer Kontrolle geraten und die Welt an den Abgrund eines Atomkriegs führen könnte.“

Die US-Friedensgemeinschaft hat viele Webinare zur Lage in der Ukraine durchgeführt und Zehntausende von Anrufen und E-Mails an das Weiße Haus und die Mitglieder des Kongresses geschickt. Zahlreiche Artikel wurden verfasst.

Darüber hinaus war der 5. Februar in den USA ein nationaler Aktionstag, an dem die Bürger in Städten und Gemeinden im ganzen Land auf die Straße gingen, um „Nein zum Krieg zu sagen“. In über 75 Städten fanden Märsche und Kundgebungen gegen den Krieg mit Russland statt. Es wurde ein Online-Webinar mit über 200 Teilnehmern veranstaltet, an dem Redner von großen Friedensorganisationen in den USA teilnahmen.

Um das Leben unschuldiger Zivilisten auf der ganzen Welt zu retten, muss die US-Friedensbewegung ihre Aktionen verstärken und Druck auf die US-Regierung ausüben, damit diese echte Gespräche, Dialoge und Diplomatie führt, anstatt Kriegstreiberi zu betreiben, geschweige denn Krieg zu führen.

Ann Wright diente 29 Jahre in der US Army/Army Reserves und ging als Colonel in den Ruhestand. Sie war 16 Jahre lang US-Diplomatin und trat 2003 aus Protest gegen den US-Krieg gegen den Irak zurück. Sie ist Mitglied von Veterans For Peace und CODEPINK: Women for Peace. Sie ist Mitautorin von „Dissent: Voices of Conscience“.

wir Präsident Biden auf, die Rolle der USA bei der Eskalation der gefährlichen Spannungen mit Russland wegen der Ukraine zu beenden. Es ist in höchstem Maße unverantwortlich, dass der Präsident sich am Spiel mit dem Feuer zwischen zwei Nationen beteiligt, die über 90 Prozent der weltweiten Atomwaffen verfügen. Für die USA und Russland besteht der

## Notwendig in der Ukraine ist De-Eskalation Erklärung der Frauenfriedensorganisation WILPF Europa muss in den Dialog durch OSZE-Mechanismen investieren und Frauenorganisationen und Netzwerke von Friedensstifter und Menschenrechtsverteidigern in der Region unterstützen

Wir, die europäischen Sektionen und Gruppen der *Women's International League for Peace and Freedom* – WILPF, der ältesten weltweiten Frauenfriedensorganisation, sind gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen [...] sehr besorgt über die unzureichende Rolle Europas bei der Förderung einer friedlichen, diplomatischen Lösung des anhaltenden bewaffneten Konflikts in der Ukraine. Als Frauenorganisationen und Netzwerke arbeiten wir in zahlreichen Projekten mit Aktivist\*innen über „trennende“ Linien hinweg zusammen, in der Überzeugung, dass Vertrauen und echte Sicherheit nur auf einer langfristigen positiven und gemeinsamen Vision für Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit aufgebaut werden können. [...] Wir sind nicht bereit, Krieg, ständige Drohungen mit militärischen Interventionen [...] als „Normalität“ hinzunehmen, da dies die Instabilität in einer ohnehin schon sehr fragilen Situation – besonders für Frauen – noch verstärkt. „Die Logik des Krieges darf unser Sein nicht besetzen“ (Kateryna Mishchenko)!

Aus der historischen Ermutigung der WILPF zum Widerstand gegen den Krieg und aus unseren Erfahrungen in der Friedensarbeit heraus erheben wir unsere Stimme gegen diese zerstörerische Logik. Die Zusammenarbeit mit Frauen in der ukrainischen Konfliktregion zeigt, wie sehr Frauen von den (in-)direkten Folgen des 2014 begonnenen Krieges betroffen sind. Tausende Tote und zivile Verwundete sind seither

zu beklagen, und die (wirtschaftliche) Verwundbarkeit der Frauen im Alltag und der Kampf ums Überleben schaffen neue Ängste und Unsicherheiten. Auf der anderen Seite sind Frauen wirkmächtige Akteurinnen des Wandels und ihr spezifischer Beitrag zu nachhaltigem Frieden und Vertrauensbildung muss ständig unterstützt werden.

Wir veröffentlichen diese Erklärung, um die Regierungen in Europa, das EU-Parlament und die Europäische Kommission und die OSZE aufzufordern, sofortige Schritte zur Deeskalation und Entmilitarisierung des Konflikts zu unternehmen und sich diplomatisch an langfristigen Friedens- und Sicherheitsgesprächen [...] zu beteiligen. Abschreckung, zunehmende militärische Präsenz und autoritäre Regierungsformen sind nicht geeignet, Konflikte zu lösen. [...] Wir unterstützen nachdrücklich den wachsenden politischen Willen der Staaten, sich offen auf eine feministische Außenpolitik [...] zu beziehen. Wir sind gespannt auf konkrete politische Antworten, unter denen wir verstehen: Abrüstung und De-militarisierung, eine Neudefinition von Sicherheit – verstanden als komplexe menschliche/echte Sicherheit – Widerstand gegen Autoritarismus und für demokratische Rechte – und nicht zuletzt die gleichberechtigte und sinnvolle Beteiligung von Frauen auf allen Verhandlungs- und Entscheidungsebenen.

Januar 2022. Siehe auch: <https://www.wilpf.org/war-over-ukraine-militarism-is-killing-us-all/>



## stimme gegen den krieg

Honorarkonsul darf Moskau loben. Noch.

„Nach kontroversen Diskussionen unter den Honorarkonsuln in Deutschland hat das Präsidium des Corps Consulaire Deutschöand (CCD) seinen Präsidenten Heino Wiese das Vertrauen ausgesprochen. Der frühere niedersächsische SPD-Politiker und russische Honorarkonsul in Hannover war zum Rücktritt aufgefordert worden, nachdem er sich anerkennend über die Machthaber im Kreml und die russische Politik etwa in Syrien geäußert hatte. Alle vier weiteren Mitglieder des Präsidiums hatten 'persönlich erklärt, dass sie mich weiter unterstützen', teilte Wiese der FAZ mit.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Februar 2022

## +++ aktiv gegen krieg +++

Der Hautaufrüster steht im eigenen Land

In der aktuellen Lage scheint in der öffentlichen Meinung und parallel (oder damit verbunden) in der Politik die Wahrnehmung gleicher Tatsachen grundsätzlich verschieden zu sein. Wenn 2020 im Rahmen von Defender 2020 insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten, darunter 20.000 direkt aus den USA, über Weltmeere und quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden sollten, so wurde das vielfach als ein Akt der Friedenssicherung dargestellt. Das konnte – virusbedingt – nicht in vollem Umfang realisiert werden. Deswegen gibt es nun einen neuern Anlauf: DEFENDER 22. Im Gegensatz zum letzten Manöver sind die Informationen dieses Mal eher spärlich. Doch die Zielrichtung ist dieselbe: Deutschland ist als Stationierungs-, Transit- und Umschlagland sehr gefragt. Truppenverlegungen in großem Umfang an die russische Grenze finden statt. Das Ganze gilt als Testlauf für Infrastruktur und Kooperationsbereitschaft. Portionsweise schön verpackt andere Großmanöver: SABER STRIKE im Februar und März, SWIFT REPOSE und DEF22 LIVEX im Mai. Eine gewisse Kreativität in der Wortfindung ist den Militärs nicht abzuspüren. Solange sie nicht wie die Aussagen eines Ex-Admirals aus Versehen unangenehme Wahrheiten enthalten (Siehe Seite 4). Wenn ein Viertel der ukrainischen Armee in Richtung Donbass in Marsch gesetzt wird, findet dies in den hiesigen Medien keine Erwähnung. Wenn Russland ein Achtel seiner Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlagert, dann ist dies: Konfrontation, Aggression, Kriegsvorbereitung. Das Pippi-Baerbock-Prinzip: Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt.

Orientierungshilfe in unklaren Zeiten böte ein Klassiker: DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND! Und genau dort ist Widerstand erforderlich: lokal, regional, bundesweit. Und darüber hinaus. Torsten Schleip, LV Ost der DFG-VK

## +++ engagiert für den frieden +++

## Die neue Kriegsgefahr in Europa

# Ein Interview der Zeitung gegen den Krieg mit Zaklin Nastic und Reiner Braun



**W**enn man in diesen Tagen mit befreundeten Menschen, die sich nicht allzu sehr mit aktueller Politik beschäftigen, über die Kriegsgefahr im Rahmen der Ukraine-Krise spricht, dann stößt man oft auf Unverständnis und Unglauben. Das sei doch alles nur Säbelgerassel; ein reales Kriegsszenario sei völlig unwirklich. Wir sprachen mit Zaklin Nastic, Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, und mit Reiner Braun, Co-Präsident des International Peace Bureau in Genf über die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und realistischer Einschätzung der Gefahr eines neuen Kriegs.

### Haltet ihr eine Kriegsgefahr in Europa für real?

**Zaklin Nastic:** Der massive Truppenaufmarsch und die zunehmenden Manöver bedeuten die Gefahr eines ernsthaften Zwischenfalls, der eine unkontrollierte Eigendynamik mit offenem Ausgang freisetzen kann. Es gab in den letzten Jahren bereits ernste Momente, die aber glücklicherweise immer noch glimpflich abliefen.

**Reiner Braun:** Wir haben doch jahrhundertlange Erfahrungen mit Kriegsvorbereitung. Was sind immer Vorbereitungen gewesen? Das waren immense Aufrüstung, Kriegspropaganda, Feindbildkonstruktionen, aggressives Verhalten, Schaffung eines medialen Klimas, überlegene oder scheinbar überlegene Bündnisstrukturen, Zurückweisen von sinnvollen Vorschlägen zur Konflikteindämmung, um nur einige zu nennen. Dann fehlt nur noch der berühmte Funke oder die bewusste Provokation. Alles das ist durch das Verhalten der NATO, besonders der USA, aber auch der baltischen Staaten und Polen und der Regierung der Ukraine, gegeben. Medial sind wir ja schon fast im Krieg. Wir leben meiner Meinung nach in einer ausgesprochen zugespitzten politischen Situation – bewusst herbeigeführt aus geostrategischen Interessen.

Was sind, kurz gefasst, die wesentlichen Gründe für diese eure

### Annahme einer tatsächlichen Kriegsgefahr?

**Zaklin Nastic:** Durch die zunehmenden Provokationen der Nato fühlt sich Moskau bedroht. Washington und die Nato haben in ihren Antworten auf die russische Forderung nach Sicherheitsgarantien deutlich gemacht, dass sie ihren imperialen Kurs weiterführen werden. Eine Verhandlungslösung ist offenbar nicht gewünscht. Ich halte die Behauptung, Russland werde in die Ukraine einmarschieren, nach gegenwärtigem Stand für abenteuerlich. Aber es gibt auch Szenarien, in denen sich Russland genötigt fühlen könnte, militärisch zu intervenieren. Dies gilt zum Beispiel, sollte die ukrainische Armee die beiden „Volksrepubliken“ im Osten angreifen. Auch eine weitere Aufrüstung der Ukraine oder deren Beitritt zur Nato könnte Moskau als nicht hinnehmbare Bedrohung direkt an seiner Grenze begreifen. Der Westen will in einem Höchstmaß an Selbstgerechtigkeit und Arroganz Russland und anderen Staaten, die auf Souveränität Wert legen, seinen Willen aufdrücken, nachdem das Versprechen, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, bereits gebrochen wurde. Russland ist auch nicht mehr das schwache Land der 1990er Jahre. In einigen militärtechnischen Aspekten ist es zwischenzeitlich möglicherweise weiter als die westlichen Militärs. Die Nato riskiert mit ihren Provokationen unter Umständen einen gefährlichen Krieg mit ungewissem Ausgang.

**Ist diese Konfrontation nicht verwunderlich. Russland ist schließlich nicht mehr ein sozialistisches Land. Und zumindest in der Zeit, als Boris Jelzin (1991 bis 1999) Russlands Präsident war, gab es doch eine Annäherung von Moskau und Washington?**

**Reiner Braun:** Russland ist das größte Land der Erde, reich an Rohstoffen und Intelligenz – eine Großmacht mit Interessen. Das hat der Westen nie akzeptiert. Erwünscht ist ein ausbeutbarer Rohstofflieferant. Deswegen war die Tinte unter der

Charta der Entspannungspolitik von Paris 1990 noch nicht trocken, als die USA und die Nato schon die Eindämmung Russlands planten. Dabei war und ist die Ukraine – siehe Brezinski – das Kettenglied. Deshalb auch dieser zugespitzte Konflikt.

**Zaklin Nastic:** Unter Jelzin ist Russland staatlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich weitgehend ausgeblutet; das Land wurde wenigen russischen Oligarchen und dem Westen als Beute vorgeworfen. Erst der völkerrechtswidrige Nato-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999, einem traditionellen Verbündeten Russlands, führte in Moskau zu einem Umdenken. Klar war nun: Die USA werden russische Interessen niemals berücksichtigen, egal wie sehr man sich den USA andient. Spätestens seit Wladimir Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007, in der er Moskaus Vorstellungen einer europäischen und globalen Sicherheitsarchitektur formulierte, die zwar durch die „Charta von Paris“ und die UNO-Charta abgedeckt sind, aber die westliche Dominanzordnung in Frage stellt, gilt Russland wieder als der alte neue Feind.

**Am ersten Tag der Winterolympiade stand der Besuch von Wladimir Putin in Peking im Zentrum der Berichterstattung. Hat das sich hier abzeichnende Bündnis Moskau-Peking Auswirkung auf unser Anliegen für den Erhalt eines Weltfriedens?**

**Reiner Braun:** Im Mittelpunkt der Erklärung der beiden Staatspräsidenten stehen Vorschläge für eine kooperative Politik der gemeinsamen Sicherheit. Deshalb stellt sie ein friedenspolitisches Gegengewicht gegen die zuspitzende Politik des Westens dar. Sie enthielt leider keine Abrüstungsinitiativen, aber sehr wohl Schritte zur Vertrauensbildung. Betonen möchte ich aber auch, dass wir inklusive Zusammenarbeit brauchen. Viel besser wäre es, wenn der Westen die Ideen der neuen Seidenstraße aufgreifen würde und wir auf der Basis von Überlegungen in der OSZE, der ja

die asiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken angehören, zu einer eurasischen Friedenspolitik kämen.

**Die Menschen sind ja vergessen. Ein Krieg um die Ukraine wäre ja nicht der erste Krieg mitten in Europa nach 1945.**

**Zaklin Nastic:** Es gibt heute kaum noch Menschen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben. Die Erinnerungen an die Schrecken verblassen zunehmend. Bedauerlicherweise werden aber auch mitten in Europa

geführte Kriege nach 1945 offenbar schnell verdrängt. Dies gilt für den Angriff auf Jugoslawien 1999, aber auch für die Ukraine, in der ja schon seit 2014 Krieg herrscht.

**Reiner Braun:** Ich finde es erstaunlich, dass die Mehrheit es scheinbar für unmöglich hält, dass Westeuropa und Deutschland Schauplatz eines Krieges werden könnten. Diese Naivität ist gefährlich, vor allem, weil sie auch bei politischen Entscheidungsträgern vorherrscht.

## stimme gegen den krieg

### Kriegsangst wird geschürt!

„Was ich heftig kritisiere ist Ihr Umgang mit dem Komplex Russland. [...] Ich halte die gegenwärtige Redaktionslinie des SPIEGEL gegenüber Putin für in die Irre führend. Mit Kriegs-Angst-Schüren kommen wir keinen Schritt weiter. Oder wollen Sie den atomaren Overkill herbeischreiben?  
Gerd Ossenbrink, Büren (NRW) [Leserbrief in: Spiegel vom 29.1.2022]

„Mit blankem Entsetzen habe ich diesen Leitartikel [in Spiegel 3/2022] gelesen. Um es etwas überspitzt zu formulieren: Das überschreitet für mich die Grenze zur Kriegstreiberei.“  
Dr. Peter Klein, Berlin [Leserbrief in: Spiegel vom 29.1.2022]

„Die im Ergebnis eines mehrheitlich ausgefallenen Referendums (für die Aufnahme in die Russische Föderation 2014) vollzogene Eingliederung der Krim in den russischen Staat wird als Annexion bezeichnet. Israel hat im 6-Tage-Krieg u.a. die damals zu Syrien gehörenden Golanhöhen annektiert. Dagegen regt sich seit mehr als 50 Jahren kein Widerstand. [...] Im Gegenteil. Die Bundesrepublik finanziert einen Großteil der neu für Israel zu bauenden drei U-Boote.“  
Jürgen Will, Kürzt [Leserbrief in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 5.2.2022]

Es gibt in diesen Tagen hunderte Leserbriefe mit vergleichbarer Tonlage. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage wollen knapp zwei Drittel aller Deutschen „intensivere Beziehungen zwischen der EU und Russland“. Schreiben Sie Leserbriefe! Friedliche!

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Mehr Aktionen und mehr Bewegung zum NATO-Gipfel am 29.30. Juni in Madrid

Ende Juni treffen sich die Regierungschefs der NATO-Länder und der mit ihnen verbündeten Staaten in Madrid zum nächsten Gipfel. Die Herausforderungen ergeben sich aus der aktuellen politischen Konfrontation gegenüber Russland und China sowie aus der Absicht, ein neues Grundsatzdokument „Nato 2030“ zu verabschieden.

Der Geist des Treffens und der ansehbarer Erklärungen sind Konfrontation, Kriegsvorbereitung und Aggression. Militarisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche und hemmungslose Aufrüstung bestimmen die Agenda. Widerstand und Protest stehen auf der Tagesordnung der sozialen Bewegungen, der Friedensbewegungen national und international sowie der Anti-Nato-Initiativen besonders des internationalen Netzwerkes „No to War – No to NATO“.

Eine umfassende Planung für „Friedens- und Gegengipfel“ hat ebenso begonnen, wie das Ringen um eine einheitliche internationale Demonstration in Madrid. Vernetzt werden sollen diese Aktionen mit den internationalen Protesten gegen den G7-Gipfel in Elmau und die internationalen Aktionstage der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“. Mit vielfältigen nationalen Aktivitäten mit Informationen und aufklärenden Online- und Präsenz-Veranstaltungen werden diese Höhepunkte vorbereitet. Aktuelle Informationen gibt es auf [HYPERLINK „http://www.no-to-nato.org“](http://www.no-to-nato.org) [www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org) und [HYPERLINK „http://www.peacesummitmadrid.org“](http://www.peacesummitmadrid.org) [www.peacesummitmadrid.org](http://www.peacesummitmadrid.org). „Madrid 2022“ wird ein internationaler Höhepunkt gegen die Nato-Kriegspolitik besonders in und um die Ukraine sein. Wir werden dort deutlich NEIN sagen zum Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel und erneut unterstreichen, die NATO gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Kristine Karch ist Co-Sprecherin internationales Netzwerk No to war – no to NATO, Kampagne Stopp Air Base Ramstein.

## +++ engagiert für den frieden +++

Der problematische Ansatz „Äquidistanz“

# Im Konflikt sind nicht immer alle gleich

Karin Kulow · Werner Ruf

Es ist sicher richtig, dass an einem Konflikt – erst recht, wenn es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung kommen sollte – nie einer allein Schuld hat. Doch sind es die am Konflikt Beteiligten in gleicher Weise? Zu jeweils gleichen Anteilen? Geht es also bei dessen Bewertung in erster Linie um ein äquidistantes Herangehen?

Zumindest ist zu beobachten, dass ein solches Konzept der Äquidistanz mittlerweile bis in die Partei die LINKE hinein Fuß zu fassen beginnt. Ob nun gewollt oder nicht, werden damit stillschweigend eine Reihe Annahmen transportiert, die diesem Konzept innewohnen. So beispielsweise:

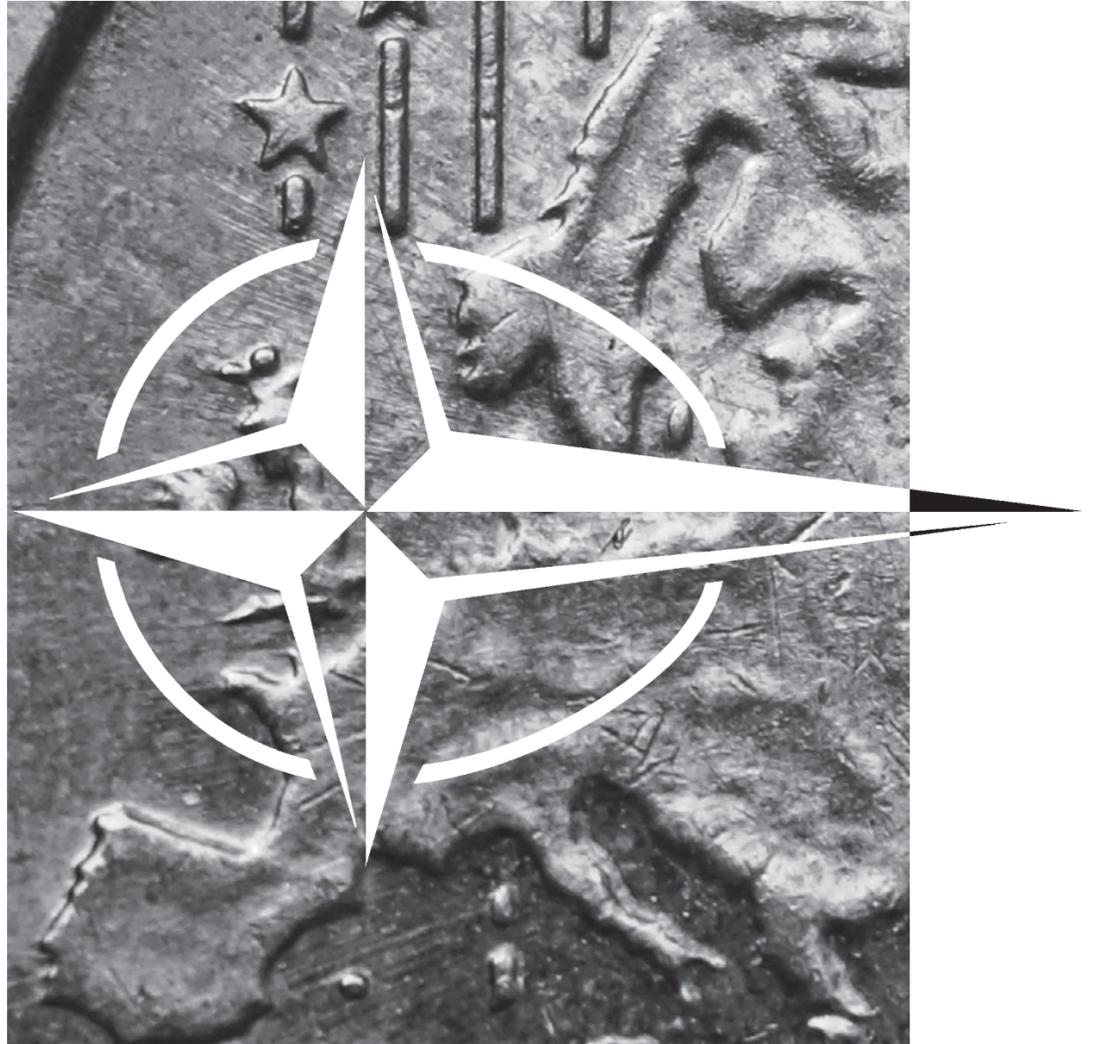
Alle (oder beide) sind gleich schuld.

Wer aus der Position der Äquidistanz argumentiert, ergreift nicht Partei, sondern ist gewissermaßen

eine Art unparteiischer Schiedsrichter.

Damit einher geht ein moralisierender Anspruch auf eine vermittelnde, allseits respektierte Rolle im Konflikt.

Damit wird jedoch negiert oder zumindest ausgeblendet, dass zwischenstaatlichen Konflikten wie Kriegen stets handfeste Interessen zugrunde liegen und es deshalb fundierter Analysen zu deren Ursachen und Hintergründen bedarf. Noch umso mehr, als allein in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten von der NATO völkerrechtswidrige, auf Lügen basierende Kriege geführt wurden. Angefangen von Jugoslawien 1999 über Irak 2003, Libyen 2011 bis hin zum Regime-Change-Versuch in Syrien. Vom 20-jährigen und für die Nato schmachvoll endenden Krieg in Afghanistan ganz zu schweigen. Bereits hier zeigt sich die ganze Absurdität einer „Äquidistanz“.



## stimme gegen den krieg

### Partylaune in Kiew

„Kiew ist in Partylaune statt in Kriegsangst. Bei einer Umfrage im Dezember kam eine Eskalation in der Ostukraine nur auf Platz vier der wahrscheinlichsten Bedrohungen, hinter den steigenden Gaspreisen, einer wachsenden Wirtschaftskrise und der Coronapandemie.“ [In: Spiegel vom 8.1.2022]

„Michajlo Podoljak, Berater im Präsidentenbüro [von Selenskyj; d.Red.] spricht von ‚Propagandarisiken‘. [...] ‚Ich würde nicht sagen, dass die militärischen Risiken derzeit so inakzeptabel hoch sind, dass man den Leuten davon ständig erzählen müsste.‘“ [In: Spiegel vom 29.1.2022]

## +++ aktiv gegen krieg +++

### NIE WIEDER KRIEG!

### Frieden in Russland, der Ukraine und in Europa – Erklärung der Naturfreunde

Die Europäische Union war stolz darauf, nach den schrecklichen Katastrophen des letzten Jahrhunderts ein Friedensprojekt zu sein. Dafür wurde sie mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ganz entscheidend war die deutsche Friedens- und Entspannungspolitik, die in Europa die Weichen für die Überwindung der totalen Konfrontation stellte. Doch jetzt ist der Kalte Krieg zurück, das Säbelrasseln und die gegenseitigen Schuldzuweisungen nehmen zu. [...] Es droht ein Krieg, wenn die Staaten nicht zu Dialog, Abrüstung und Zusammenarbeit fähig sind.

Wir leben in einer Welt, in der die Fähigkeit, ein Inferno zu entfesseln, das zum Untergang der europäischen Zivilisation führen würde, fast zur Vollendung entwickelt ist. Wir leben in einer Welt, in der für Nationalismus und Rechthaberei kein Platz sein darf. Doch die „modernen“ Waffensysteme haben alles verändert, nur scheinbar noch immer nicht das Denken der Menschen. [...] Der Ukraine-Konflikt, die künftige militärische Rolle der EU und die Konfrontation mit Russland werden auch als Vorwand genutzt, um die Rüstungsausgaben drastisch nach oben zu treiben. Die USA sehen in China den neuen Hauptgegner. Deshalb soll die EU entweder ihre Verteidigungslasten selbst übernehmen oder zu einer „globalen Nato“ beitragen. Wie verrückt ist das in einer Welt, in der nur zehn Staaten rd. 75 Prozent der Militärausgaben tätigen? Wie falsch ist das in einer Welt, die von globalen Gefahren wie der Klimakrise bedroht wird? Nein, wir brauchen keine Hochrüstung, keine Militarisierung der Welt, sondern Abrüstung und Zusammenarbeit. Jetzt. Überall. Zur Geschichte der Naturfreunde gehört der Einsatz für Frieden und Abrüstungen. [...] Die EU muss sich als Friedensprojekt neu beweisen. Ziel muss die gleiche Sicherheit für alle Menschen auf unserem Kontinent sein. Deshalb darf es kein weiteres Aufschaukeln von Aufrüstung, Konfrontation und gegenseitige Schuldzuweisungen geben. Was wir brauchen, sind konkrete Schritte der Deeskalation, sind Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung. Was wir brauchen, ist die schnelle Umsetzung des UN-Beschlusses zur Lösung des Ukraine-Konflikts (Minsk II).

Infos siehe: <https://www.naturfreunde.de/termin/nein-zum-krieg-diplomatie-statt-militaermandoever>

## +++ engagiert für den frieden +++

Ohne Russland von jeglicher Kritik freisprechen zu wollen, bestätigt sich jedoch bei unvoreingenommener Sicht durchaus der Vorwurf aus Moskau, wonach USA, Nato und EU bislang gezielt zu Lasten russischer Sicherheitsinteressen handeln. Nicht nur blieb die in der Präambel des 1990 geschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrages, mit dem der Beitritt der DDR zur BRD besiegelt worden war, anvisierte gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa bis heute auf dem Papier. Auch die Moskau seinerzeit mündlich gegebene Zusage, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, wurde nicht beachtet. 1999 begann in verschiedenen Wellen die Osterweiterung der Nato, die bis 2020 von 16 auf 30 Mitgliedstaaten anwuchs. Als weitere Beitrittskandidaten wurden 2008 Georgien und die Ukraine benannt.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der den Einstieg in eine strukturelle Angriffsfähigkeit aller europäischen Streitkräfte in Europa bedeutet hätte, wurde lediglich von Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan unterzeichnet und ratifiziert. Die Nato-Staaten sind ihm nicht beigetreten. Die in Anlehnung an die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit von Helsinki 1990 verabschiedete „Charta von Paris für ein neues Europa“ wurde marginalisiert. Verschwiegen wird, dass sich im Ergebnis des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien 1999 die geo-politische Ordnung auf dem Balkan bis hin zur Schaffung eines neuen Staates, des Kosovo, zu Lasten der Stellung Russlands verändert hat.

Die von Putin 2001 in seiner Rede vor dem Bundestag ausge-

streckte Hand zur Kooperation als Teil des europäischen Hauses, wurde zwar beklatscht. Wie wenig ernst gemeint der Beifall jedoch war, zeigte sich spätestens 2014 auf dem Kiewer Maidan, als USA und EU ganz offen den Sturz des gewählten Präsidenten Janukowitsch beförderten, weil dieser die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU verweigerte.

Wenn sich USA, Nato und EU offiziell – auf der Basis des Gut-Böse-Schemas – darin einig sind, wonach Russland der Aggressor sei und den europäischen Frieden bedrohe, so befördern diese damit nicht nur die allgemeine Russophobie und Kriegshysterie. Sie stellen historische Fakten auf den Kopf und suchen einen Rechtfertigungsgrund für die schamlose Durchsetzung der eigenen egoistischen Interessen. Dabei geht es aus US-Sicht primär um die Gewährleistung der eigenen globalen Hegemonie.

Wenn Politik tatsächlich auf Ausgleich orientiert ist, muss sie auch „mit den Augen der Anderen gesehen werden“ (Merkel). Wer Frieden will, muss abrüsten. Zumindest muss er versuchen, akute Konflikte zu entschärfen. Dies geht nicht durch wechselseitige Bedrohung und weitere Aufrüstung – ganz zu schweigen von der Gefahr wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und der zunehmenden Digitalisierung von Reaktionen, die menschlicher Entscheidung entzogen sind. Nicht zufällig haben die US-amerikanischen Atomwissenschaftler ihre „Weltuntergangsuhr“ auf 100 Sekunden vor zwölf vorgestellt.

Eine Debatte über die nicht herstellbare „Äquidistanz“ führt also zu nichts. Sie verheddert sich in einer

auf Schuldzuweisung konzentrierten, rückwärtsgewandten Debatte, die ganz offensichtlich die Aufrüstungs- und gegenseitige Bedrohungspolitik nicht zu bremsen oder aufzuheben vermag. Für die Ukraine bedürfte es eines neuen Ansatzes. Beide Seiten könnten und müssten sich darauf einigen, die Ukraine zu einer Selbstverpflichtung zur Neutralität zu bringen. Diese Neutralität müsste von der Nato, von Russland und den europäischen Staaten (gemeint sind damit immer die Staaten des Kontinents, nicht die EU) garantiert werden.

Eine in diesem Rahmen ausgehandelte Neutralität, durchaus analog der „immerwährenden Neutralität“ Österreichs, hätte folgende Vorteile:

Die Staatlichkeit der Ukraine würde gesichert;

Die Nato und ihre Mitgliedstaaten hätten einen Puffer zwischen einem wesentlichen Teil ihres Bündnisgebiets und Russlands gelegt;

Russlands Kernforderung eines Stopps der Nato-Osterweiterung wäre Genüge getan;

Eine unmittelbare und wachsende Kriegsgefahr in Europa wäre beseitigt.

Und: Eine gewisse zumindest geographische „Äquidistanz“ zweier Konfliktparteien wäre institutionalisiert.

Prof. Dr. Karin Kulow ist Konfliktforscherin; Prof. Dr. Werner Ruf mit den Schwerpunkten Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Beide sind Mitglieder im Gesprächskreis Frieden und Internationale Sicherheit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## Aufruf

# Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernststen Bedrohung des Friedens in Europa zugespitzt.

Eine einseitige Schuldzuweisung an Russland, wie sie von einigen westlichen Regierungen und in den großen Medien vorgenommen wird, ist nicht gerechtfertigt und nimmt zunehmend den Charakter von Kriegspropaganda an. Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine hat Russland kein Interesse an einem Krieg, der für alle Seiten katastrophale Folgen hätte. Es stehen ähnlich viele Soldaten auf der ukrainischen Seite und bedrohen die von pro-russischen Rebellen kontrollierten Gebiete in der Ostukraine. Auch ohne kriegerische Absicht besteht angesichts der angespannten Situation die Gefahr, dass eine Provokation zum Funken wird, der das Pulverfass explodieren lässt. Es ist ein legitimes Sicherheitsinteresse Moskaus, dass die Osterweiterung der NATO, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird. Das würde die Vorwarnzeit für Moskau bei einem Angriff mit Atomraketen auf 5 Minuten verkürzen. Die aktuelle Krise ist Teil eines globalen und seit längerem bestehenden Konflikts, dessen Wurzeln im Anspruch der USA liegen, „dass Amerika wieder die Welt führt,“ wie es der US-Präsident formuliert. Die europäischen NATO-Partner schließen sich dem mit einigen Nuancierungen als Juniorpartner an. Dagegen lehnen andere, darunter Russland, eine westliche Dominanz ab und wollen als gleichberechtigte Partner in einer multipolaren Weltordnung respektiert werden.

Es ist an der Zeit, dass das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit wieder akzeptiert wird, wie es bereits im Kalten Krieg anerkannt wurde. Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam. Dauerhafter Frieden mit Russland erfordert daher eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Erste Schritte müssen eine Demilitarisierung entlang der russisch-ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Russland und der NATO sein, sowie die Umsetzung des Abkommens von Minsk II. Es sieht einen Waffenstillstand vor, Dialog der Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine. Durch einstimmigen UN-Sicherheitsratsbeschluss hat Minsk II auch verbindlichen Völkerrechtsstatus. Die Umsetzung wird jedoch hauptsächlich von der Ukraine blockiert. Sanktionen werden an dem Konflikt nichts ändern. Sie schädigen sinnlos sowohl Russland als auch die anderen europäischen Länder.

Kräfte, die mit aggressivem Nationalismus und Revanchismus die Spannungen anheizen, müssen auf allen Seiten zurückgedrängt werden. Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören. Stattdessen brauchen wir Deeskalation und Diplomatie. Dies umso mehr, als die globale Bedrohung durch Klima- und Umweltkatastrophen nur durch internationale Kooperation abgewendet werden kann.

Wir fordern:

- Konkrete Schritte zur Deeskalation, keine militärischen Lieferungen an Kiew,
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen gegen Russland;
- Aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

Der Aufruf wurde von einem breiten Spektrum aus der Friedensbewegung unterzeichnet. Nähere Informationen siehe unter:

## Dokumentation

# „Helsinki 2.0 statt Kriegsgeschrei“ – Oliver Hermes zum Konflikt um die Ukraine

Das Kriegsgespenst geht um in Europa. In zahlreichen Medien, aber auch von Seiten der Politik wird eine russische Invasion in der Ukraine buchstäblich herbeigeschrieben und –geredet [...] Vorwürfe an die Bundesregierung, die sich sträubt, den Konflikt durch Waffenlieferungen weiter anzufachen, schüren das Feuer. In der Ukraine selbst ist

und Mitarbeiter. Durch ihre Arbeit legen sie auf allen Ebenen [...] tagtäglich die Grundlage für Vertrauen und gegenseitige Anerkennung. [...] Menschen, nicht Staaten, bauen Vertrauen auf.

Wer die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland in Frage stellt, der sollte umgekehrt einmal überlegen, welche Gesprächs- und Einflussmöglichkeiten Deutsch-

siler Energie sicher mit Erdgas und perspektivisch mit Wasserstoff zu versorgen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat kürzlich das Potential Russlands für Wasserstoff und Windkraft hervorgehoben. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat in Moskau die Notwendigkeit des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Russland etwa bei der gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels betont.

Neue Wirtschaftssanktionen [...] führen zu hohen Kosten auf beiden Seiten. Ein präventiver „Überbietungswettbewerb“ schafft für die Unternehmen extreme Unsicherheiten, stärkt den Wettbewerber China und schweiß Russland und China auch sicherheitspolitisch noch enger zusammen. [...]

Die global ausgerichtete deutsche Wirtschaft ist grundsätzlich gegen jede Form des Decouplings. Nicht nur im Handel, im Energie- und Finanzsektor, sondern auch im Sicherheitsbereich brauchen wir ein europäisches „Coupling“, das heißt, eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands und der Ukraine. Es sei daran erinnert, dass schon bei den KSZE-Verhandlungen, die 1975 in die Schlussakte von Helsinki mündeten, nicht nur über militärische Sicherheit geredet wurde, sondern dass es außerdem um die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie im humanitären Bereich ging. Sicherheit wurde damals viel breiter gedacht als nur in militärisch-politischen Dimensionen.

Wir brauchen jetzt ein Helsinki 2.0. Die gemeinsame Überwindung der Corona-Folgen durch neue Medikamente und Medizintechnik wäre ein wichtiger Ansatz. Initiativen zur Digitalisierung und zur Fachkräfteaus- und Weiterbildung gibt es bereits [...] Ähnliches gilt für den Agrarbereich – die Ukraine und Russland sind Rekordweizenproduzenten und setzen stark auf deutsche Landtechnik. Vor allem aber das Thema Energie verbindet Deutschland, Russland und die Ukraine seit über 50 Jahren miteinander. Aus den bestehenden Energiebeziehungen eine trilaterale Klimapartnerschaft zu machen, ist daher ein logischer und überfälliger Schritt. Es ist Zeit für eine Konferenz für Sicherheit und Klimazusammenarbeit in Europa – gerne wieder in Helsinki.

Oliver Hermes ist Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. sowie Vorstandsvorsitzender und CEO der Wilo Gruppe und Vorsitzender des Kuratoriums der Wilo-Foundation. Er gibt hier seine persönliche Meinung wieder. Der Text ist hier leicht gekürzt wiedergegeben. Den Text in voller Länge findet sich bei: <https://www.ost-ausschuss.de/de/helsinki-20-statt-kriegsgeschrei>

Als wenn es wegen Corona nicht schon genug Ärger gäbe:  
**Blöd unverschämt!**  
 Jetzt auch das noch!  
**Der Russe kommt und will Verhandeln!**

man erfreulicherweise bemüht, das Kriegsgeschrei etwas zu bremsen, um Druck aus dem Kessel zu nehmen. Präsident Wolodymyr Selenskyj persönlich warnte dieser Tage vor Panik. Die Gefahr einer massiven Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO ist dieser Tage zweifellos so groß wie seit 30 Jahren nicht mehr. Ein Krieg in Osteuropa würde neben dem furchtbaren menschlichen Leid unseren ganzen Kontinent und mit ihm die europäische Wirtschaft um Jahrzehnte zurückwerfen. Darum sollte allen Seiten daran gelegen sein, zu deeskalieren. [...]

Zur Deeskalation kann auch die Wirtschaft ihren Teil beitragen. Wirtschaft kann Politik nicht ersetzen, aber sie kann ihre spezifischen Dialogkanäle nutzen. Der Ost-Ausschuss feiert dieses Jahr seinen 70. Geburtstag. Über unsere wirtschaftliche Funktion hinaus, haben wir uns immer auch als „Brückenbauer“ gesehen, der zur politischen und gesellschaftlichen Verständigung und Aussöhnung mit einer Region beiträgt, in der Deutschland im 20. Jahrhundert unvorstellbar großes Unheil angerichtet hat. Das Resultat unserer Bemühungen sind enge, über Jahrzehnte gewachsene wirtschaftliche Beziehungen mit der Ukraine und mit Russland. Aus verlässlichen Geschäftspartnern sind dabei Freunde geworden. Deutsche Unternehmen tragen allein in Russland die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen

land ohne Wirtschaftsbeziehungen mit Russland noch bleiben. Diese Brücken ganz abzubrechen, würde unsere Welt nicht sicherer machen. Die Bundesbürger wünschen sich übrigens mehrheitlich eine engere Kooperation zwischen EU und Russland: Zwei von drei Deutschen (62 Prozent) sprachen sich in einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Ost-Ausschusses für intensivere Beziehungen zwischen der EU und Russland aus. [...]

Der Außenhandel ist [...] nur ein Ausschnitt unserer Wirtschaftsbeziehungen: Russland ist der größte Markt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und ein wichtiger Investitionsstandort. Deutsche Unternehmen haben auf Grund der Bedeutung des Landes bereits jetzt lokale und regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut, um die Kundenbedürfnisse nicht nur in Russland selbst, sondern auch auf anderen Märkten der Eurasischen Wirtschaftsunion und im übrigen Zentralasien zu bedienen. [...]

Man darf außerdem nicht vergessen, dass ein wesentlicher Teil unserer Öl- und Gasimporte aus Russland stammt, nämlich über 40 Prozent. Die letzten Monate haben uns sehr deutlich gezeigt, dass wir im Zuge der europäischen Energiewende auf Erdgas angewiesen bleiben. [...] Sowohl Nord Stream 2 als auch die Kapazitäten des ukrainischen Gastransitnetzes werden gebraucht, um Europa bis zum endgültigen Ausstieg aus fos-